

Von: thoms@kiel.ihk.de [mailto:thoms@kiel.ihk.de]

Gesendet: Montag, 6. Mai 2019 13:38

An: Innenausschuss (Landtagsverwaltung SH)

Cc: kurbjuhn@flensburg.ihk.de; Ostertag@ihk-luebeck.de; peers@kiel.ihk.de; weltersbach@kiel.ihk.de; kruse@kiel.ihk.de; schween@kiel.ihk.de

Betreff: Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein - Stellungnahme der IHK Schleswig-Holstein - Drucksache 19/1273

Sehr geehrte Frau Ostmeier, sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses,

die SPD-Landtagsfraktion hat beantragt, die Landesverfassung zu ändern. Mit einer Änderung des Artikels 11 soll der Klimaschutz in der Landesverfassung verankert werden. Wir haben unsere Gremien befasst und nehmen zu der geplanten Verfassungsänderung wie folgt Stellung.

Die Initiative der SPD ist sicherlich gut gemeint, doch mit jedem neuen Staatsziel verlieren die bereits bestehenden an Gewicht. Zu viele Staatsziele schwächen nach unserer Auffassung die Verfassung. Der in Artikel 11 normierte Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen beinhaltet nach unserer Einschätzung auch den Schutz der Klimas, ohne dass dieses Ziel explizit genannt wird. Wir befürchten außerdem, dass durch die Einfügung des Verfassungsziels "Klimaschutz" Zielkonflikte mit dem Verfassungsziel "Schutz der natürlichen Grundlagen des Lebens" entstehen, die möglicherweise nicht aufgelöst werden können. Weitere Zielkonflikte sehen wir auch in Bezug auf die Grundrechte Eigentum, Berufsfreiheit und die freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Die Verortung des Klimaschutzes in der Landesverfassung halten wir angesichts der globalen Dimension des Klimaproblems für verfehlt. Schleswig-Holstein hat bereits seit dem 7. März 2017 ein Energiewende- und Klimaschutzgesetz. Damit verfügt das Land über ein Werkzeug, um auf Fachebene Klimaschutzpolitik zu verfolgen und leistet bereits einen Beitrag zum Klimaschutz. Wir sehen in erster Linie die Bundesregierung, bzw. die Europäische Union und die Vereinten Nationen gefordert, den Klimaschutz substanziell voranzubringen. Die getroffenen supranationalen Vereinbarungen geben durchaus Anlass zur Hoffnung, dass dies auch gelingen kann.

Zusammenfassend betrachten wir den Antrag der SPD-Landtagsfraktion eher als Symbolpolitik und weniger geeignet, den Klimaschutz voranzutreiben. Wichtig sind -

neben global vereinbarten Zielen - konkrete Maßnahmen, die die weitere Erwärmung der Atmosphäre eindämmen.

Aus diesen Gründen sollte eine Erweiterung der Landesverfassung um das Staatsziel „Klima“ unterbleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martin Kruse

Federführung Industrie, Umwelt und Rohstoffe

IHK Schleswig-Holstein

Industrie- und Handelskammer zu Kiel
Bergstraße 2
24103 Kiel

Telefon: +49 431 5194 297

Telefax: +49 431 5194 528

E-Mail: kruse@kiel.ihk.de

Web: <http://www.ihk-schleswig-holstein.de>

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Unsere Informationen zum Datenschutz finden Sie hier.

Die neue Vollversammlung ist gewählt. Wer das Rennen gemacht hat, sehen sie **HIER**.

Wie zufrieden sind Sie mit dem Service der IHK zu Kiel? Geben Sie uns Ihre Rückmeldung online